

# Fuldaer Zeitung

Freitag, 13. November 2015

GASTKOMMENTAR

## Es geht nicht ohne die Türkei

Sowohl eine kurzfristige Milderung als auch eine langfristige Beendigung des Flüchtlingsstroms aus dem Nahen und Mittleren Osten ist ohne eine konstruktive Mitwirkung der Türkei nicht möglich. Das mag aus mancherlei Gründen ärgerlich sein. Es ist aber ein Faktum aus Gründen der Dringlichkeit, das Flüchtlingsproblem in den Griff zu bekommen. Es ist daher wichtig, dass EU-Kommissionspräsident Juncker den EU/Türkei-Aktionsplan verhandelt. Auch hat Bundeskanzlerin Merkel dies durch ihre Reise bestärkt.

Bisher hat die Türkei seit fast vier Jahren trotz hoher Belastungen mehr als zwei Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Problematisch aber war bisher, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten die Türkei ohne Frage in der Flüchtlingsfrage zu lange alleine gelassen haben. Präsident Erdogan hatte mir dies bereits bei meinem letzten Besuch in Ankara in diesem Frühjahr deutlich gemacht. Die Massenmigration nach Europa kann nur durch eine Kooperation mit der Türkei eingeschränkt werden. Gerade wenn es um die Erstaufnahme, gut ausgestattete Flüchtlingslager, aber auch die Frage der möglichen Rückführung geht, kann viel Zeit und Geld gespart werden, wenn die Türkei und die EU kooperieren. Nicht ohne Grund hat die Europäische Union der Türkei finanzielle Unterstützung zugesprochen – ultimativ ist dies auch Hilfe für uns selber!

Zudem müssen wir die Türkei als sicheres Herkunftsland anerkennen. Denn Syrer werden dort nicht verfolgt, und dies würde eine Erleichterung für die Europäische Union darstellen. Dennoch könnten verfolgte Kurden weiterhin in der Europäischen Union einen Asylantrag stellen. Das Eine würde das Andere nicht ausschließen. Diese positive Kooperation zwischen der Türkei und der Europäischen Union sollte uns aber nicht dazu verleiten in der umstrittenen Kurdenfrage nachzugeben. Hier darf nicht das Gefühl entstehen,

### ELMAR BROK

spricht sich dafür aus, die Türkei als sicheres Herkunftsland anzuerkennen.



Der Autor (69) ist langjähriger Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments. Der CDU-Politiker aus Ostwestfalen ist zugleich dienstältestes Mitglied des Europaparlaments.

dass wir Erdogans Politik akzeptieren oder dulden. Es muss klar sein, dass die Europäische Union die Menschenrechtsachtung weiterhin als eines seiner grundlegenden Prinzipien versteht und diese unter keinen Umständen über Bord werfen wird.

Erdogan geht im Wahlkampf gewissenlos vor: Gewalt gegenüber den Kurden, um die gemäßigte kurdische Partei zu schwächen und so eine Mehrheit im Parlament zu bekommen. Er zielt darauf ab, ein Präsidialsystem einzurichten und somit nahezu unbegrenzte Macht für ihn. Hinzu kommen natürlich die ewig andauernden Verletzungen von Religions- und Meinungsfreiheit. Das können wir so nicht dulden oder unterstützen. Erdogan nutzt die Anschläge in Ankara als Wahlkampfmittel und hetzt weiterhin gegen Kurden – und wie wir sehen, war dies sehr erfolgreich.

Das Wahlergebnis und vor allem der vorherige Wahlkampf mit Verhaftungen von Journalisten und Aktionen gegen Medienhäuser zeigt auch deutlich, dass sich die Türkei immer weiter von rechtsstaatlichen Prinzipien entfernt. Die von Erdogan und dem türkischen Ministerpräsidenten Davutoglu angestrebte Verfassungsreform, die eine politische Aufwertung des Präsidentenamtes hin zu einer Präsidialherrschaft zur Folge hätte, ist natürlich ein klares Zeichen. Auf diesem Wege würde sich Erdogan fast uneingeschränkte Macht verschaffen. Er benötigt dafür eine Mehrheit im Parlament und erhöht somit den Druck in diese Richtung.

Ich halte diesen Schritt innenpolitisch für die Türkei für sehr gefährlich. Dennoch ist das Ergebnis dieser Wahl allerdings auch ein klares Zeichen für Stabilität. Das Volk hat sich gegen das Chaos, augenscheinlich für Stabilität und somit für Erdogan entschieden. Der neue Konflikt hat seine Wirkung gehabt. Erdogan sollte dennoch vorsichtig sein, dass diese Spaltung nicht die politische Lage seines Landes auf Dauer destabilisiert. Die Beziehungen der EU hängen von einem positiven, rechtsstaatlichen und demokratischen System ab.

Wir werden also in der nächsten Zeit nicht einen Beitritt diskutieren, sondern maximal über Visa-Erleichterungen. Die Türkei als wichtigen Partner betrachtend, geht es also um eine Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, dem Völkeraustausch, dem Sich-Annähern. Ob das langfristig zu einer EU-Mitgliedschaft führen wird, kann so pauschal nicht gesagt werden. Sicher ist nur, dass für uns in der Europäischen Union die Achtung von Menschenrechten ganz oben auf der Agenda steht. Solange Ankara dies nicht umsetzt, werden weitere Diskussionen nicht stattfinden.